

Nebrer Anzeiger

Amtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich zweimal, Mittwochs und Sonnabends mit den illustrierten Wochenbeilagen „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“

Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle und den Postämtern 0,85 M.

Schriftleitung: Wihl. Sauer in Nohleben.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauerische Buchdruckerei, Nohleben.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Weig, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Nohleben Nr. 21. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 43 mm breite Millimeterzeile 5 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Postamt 15 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.

Bankkonten: Stadtsparkasse Nebra — Bankverein Artern.

Nr. 99

Mittwoch, den 14. Dezember 1927

40. Jahrgang

Abklang.

Vielleicht werden die nächsten Tage über das, was in Genf nun eigentlich entschieden worden ist, große Klarheit bringen, wird man erfahren, was nun eigentlich hinter den Kulissen vor sich abgegangen ist. Man hörte in der Hauptstadt immer nur von Unterredungen zwischen den Delegierten der verschiedenen Länder, bis, daß mehrstündige Besprechungen stattgefunden hätten über Fragen allgemeinen politischen Inhalts, und weiß selber immer noch nicht, wohin das alles abzieht. Denn das äußerlich beinahe einzige Ergebnis von größerer Wichtigkeit, nämlich die sogenannte Beilegung des polnisch-litauischen Streites, ist ziemlich unbestimmt. Geändert wird eigentlich nichts. Litauen verhält sich darauf, daß die Grobverträge durch die Polen rechtskräftig sei, und die Warschauer Regierung geht darüber zur Tagesordnung über. Daß der sogenannte Kriegszustand zwischen den beiden Ländern aufgehoben sein soll, weiß er sich mit ihrer Eigenhaftigkeit als Mitglieder des Völkerbundes nicht vertragen, bedeutet lediglich ein Zeugnis für die Geschäftlichkeit, mit der man in Genf daran arbeitet, Gegenstände zwar nicht auszulassen, aber zu verfertigen. Es wird empfohlen, die gleiche Gegenüberstellung von Litauen durch persönliche Verhandlungen aus der Welt zu schaffen; ob es aber geschieht, ist eine weitere, aber weit wichtigere Frage. Und wichtige Fragen werden in Genf fast immer verdrängt. Ebenfalls hat Wobomaras die vom Völkerbundrat beschlossene Einigungsformel dahin ausgelegt, daß der Zeitpunkt des Eintretens, also die Schlusfrage, in keiner Weise berührt wird, sondern eben alles den — vielleicht — kommenden Verhandlungen überlassen bleibt. Wobomaras nennt die Resolution „nur den Ausdruck einer Hoffnung, deren Erfüllung von dem guten Willen der beiden Parteien abhängen wird“. Auch der polnische Staatspräsident Piłsudski, der in Wobomaras als Bericht bezeugt hat, hat sich ein wenig zurückgeschraubt, äußerte sich aber trotzdem dahin, daß das Ende der Streitigkeiten in Genf noch längst nicht einen Ausgleich bedeute. Ebenfalls hat sich bei dem Bericht des Völkerbundes, die Dinge auszulassen, zunächst einmal ein eigenartiges Vorkommen abgelehnt. Die internationalisierte Militärkommission, die sich an die polnisch-litauische Grenze begibt hatte und von dort aus nach Kowno, der litauischen Hauptstadt, fahren wollte, mußte nach Wilna zurückkehren, weil der Kommandant der litauischen Grenztruppe sich weigerte, die Beauftragten des Völkerbundes ohne ausdrückliche Anweisung seiner Vorgesetzten in Kowno über die Grenze zu lassen, da auch polnische Offiziere die Kommission begleiten. Nun versucht man an einer anderen Stelle nach Litauen hineinzukommen.

Aber das alles ist zwar nicht nebensächlich, aber doch nicht das entscheidende. Viel interessanter als dieser polnisch-litauische Streit ist die Tatsache, daß der französische Außenminister Herriot eine mehrfache Unterredung mit Dr. Stresemann gehabt hat. Das war bestimmt kein „Wichtigesbesuch“. Was man im Völkerbundrat mit so großen Worten verurteilte, die Geheimdiplomatie nämlich, lebt stärker denn je. Genf ist diesmal noch ansehnlicher die Stätte gewesen, wo sich die Leiter der Außenpolitik Englands, Deutschlands, Frankreichs und Italiens trafen. Man hätte sich abfinden nicht anwenden, aber ein offenes Geheimnis, daß Briand mit dem Vertreter Mussolinis über die französisch-italienische Spannung eingehend konferiert hat, und man wird wohl bemerkt von einer Zusammenkunft zwischen Briand und Mussolini hören. Aber man wird diese Entwicklung doch vielleicht herbeifürchten können. Persönliche Ansprachen, wie sie auch jetzt wieder in Genf stattgefunden haben, bedeuten doch einen großen Vorzug vor feierlichen amtlichen Noten, sind geistiger, Gegenstände leichter aus der Welt zu schaffen, die höchsten noch wachsen, wenn sie auf schriftlichem Wege behandelt werden. Und in dieser Entwicklung bedeutet die letzte Tagung in Genf einen Schritt nach vorwärts.

Tagung des Völkerbundesrat beendet

Die Frage der Danziger Wespierplatte. Mit der Montagssitzung wurde die diesmahlige Tagung des Völkerbundesrat abgegeschlossen. Die deutsche Delegation hat gegen Abend Genf verlassen. Marschall Piłsudski reist von Genf über Wien nach Warschau zurück. Die Reise wird mit Dr. Stresemann gehabt hat. Der Aufenthalt in Wien hat keinerlei amtlichen Charakter. Die wichtigsten Punkte der Tagesordnung der Schlußsitzung des Völkerbundesrat betrafen den Fall des Kreuzers „Salamis“ und die Frage der Souveränität Danzigs über die Wespierplatte. Zum ersten Punkt lag ein Gutachten von Juristen sämtlicher Reichsteile vor. Auf Verlangen des Reichsvertreters beauftragte der Rat, den Generalsekretär mit der Abfassung eines Briefes an den Präsidenten des Gemischten griechisch-deutschen Schiedsgerichts zur Regelung der Sache zu beauftragen. Der griechische Delegierte, Politis, stimmte namens seiner Regierung dem Gutachten und dem Ratsbeschluss selbst bei. Reichsminister Dr. Stresemann verdrängte auf eine besondere Erklärung.

Danzigs Souveränität.

In Bezug auf die Frage der Souveränität Danzigs über die Wespierplatte wurde auf Antrag des silesischen

Reichsvertreters Billigas beschlossen, die Regierungen der freien Stadt Danzig und Polens aufzufordern, in unmittelbare Verhandlungen über die praktische Regelung der mit der polnischen Ingegnahme der Wespierplatte zusammenhängenden Fragen einzutreten. Der Rat empfiehlt beiden Parteien, sich bei diesen Verhandlungen von dem gesamten Inhalt des Schriftmaterials einschließlich der Erwägungen des dazwischenliegenden Rechtsgutachten zurückhalten zu lassen. Die Verhandlungen sollen unter Vorsitz des Völkerbundkommissars für Danzig und unter Zuziehung technischer Sachverständiger in Danzig stattfinden. Wenn diese Verhandlungen nicht vor der nächsten Ratssitzung zu einem Ergebnis führen sollten, so wird der Reichsvertreter dem Rat vorzulegen, daß die endgültige Regelung der Angelegenheit unterbreitet.

Genatspräsident Sahn und der polnische Delegierte Strasburger stimmten dem Bericht zu. Der Danziger Vertreter sprach dabei unter Hinweis auf seine bei den vorausgegangenen Verhandlungen bereits gegebene Zustimmung zu dem Inhalt des Beschlusses die Hoffnung aus, daß die direkten Verhandlungen zwischen Danzig und Polen recht bald zu einer Vereinbarung führen, die für die Sicherheit von Leben und Eigentum der Bewohner von Danzig die unter den gegebenen Umständen zu erreichende Gewähr bietet.

Zum Schluß nahm der Rat noch Kenntnis von einer in den letzten Tagen zwischen der griechischen und der bulgarischen Regierung ergangenen Verständigung über das griechisch-bulgarische Flüchtlingswesen, worauf die 48. Tagung des Völkerbundesrat von Präsidenten Cheng Yu für geschlossen erklärt wurde.

Das Zentrum eine Verfassungspartei.

Weder monarchisch noch republikanisch. Auf einer Versammlung des Zentrums in Gemeinschaft mit der Bayerischen Volkspartei, die im Landtagsgebäude zu Berlin stattfand, sprach Reichskanzler Dr. Brüning eine Übersicht über die politische Lage. Der Kanzler führte u. a. aus, daß vor Juli oder August nächsten Jahres normaler, und zweckmäßigerweise ein Ende der Arbeiten des Reichstages nicht gegeben sein dürfte. Ob es aber dahin kommt, siehe in erster Linie beim Reichstag selbst. Was die Stellung des Zentrums anbelangt, so betonte der Kanzler, daß das Zentrum von jeher eine Verfassungspartei gewesen sei. Es sei weder eine monarchische noch wolle es eine republikanische Partei sein; nur weil das Zentrum eine Verfassungspartei sei, habe es auch die Verfassung von Weimar anerkennen und anerkennen können, weil sie ordnungsgemäß zustande gekommen und moralisch und rechtlich unbedingte verbindlich sei. Deshalb müßte die Verfassung vom Zentrum anerkannt und befolgt werden. Das Zentrum sei aber auch eine Partei des wirtschaftlichen, finanziellen und bürgerlichen Ausgleichs. Der Reichskanzler kam dann auch auf die Schwierigkeiten wegen der Verordnungen zu sprechen und betonte, daß das Gesamtinteresse ohne ein unabhängiges Beamtentum nicht aufrechtzuerhalten sei.

Unter den Zuhörern befanden sich unter anderem auch Reichsfinanzminister Dr. Brüning und der preussische Landwirtschaftsminister Zeiger. Abgeordneter Desjardins sprach über die Wirtschaftspolitik des Zentrums unter Berücksichtigung der grundsätzlichen Erwägungen gegenüber Liberalismus und Sozialismus. In das Referat schloß sich eine ausgiebige Sprache an.

Die Lage der preussischen Landwirtschaft.

Verflechtung im November. Die Anbahnung der Steuerabstimmungen und die fällig gewordenen Kreditrückzahlungen haben die Landwirtschaft zum Teil zur vorzeitigen Abholung der Ernte gezwungen. Vieflach sind die Bereiche auch mit den Schäden und finanziell unbedingte. Soweit die Herbstarbeiten noch im Gange waren, sind sie gegen Mitte des Monats durch den einsetzenden Frost unterbrochen worden. Stellenweise sind Äckergraben und Weiden in erheblichem Umfang eingetroffen. Die Winterfröhen stehen im allgemeinen befriedigend, haben aber vielfach einen Mangel an Schneedecke gelitten. Die Haltbarkeit der Kartoffeln läßt zu wünschen übrig. Der Stand der Grünlandflächen ist gut, nur machen sich Abwehrschwierigkeiten für das geratene Vieh bemerkbar.

Nur gutes Viehmaterial werden annehmbare Preise geboten. In der Rindviehzucht nimmt das Interesse der kleinen Landwirte an der Viehzucht ab. Die Preise für den Viehhandel der gesellschaftlichen Viehzüchter zeigen ebenfalls erfreuliche Fortschritte. Die Schweinezucht ist bei den heutigen Preisen mit Verlusten verbunden, dagegen sind die Preise für Lämmer und Schafzucht bei großer Nachfrage fest und angemessen. Der Geflügelzucht und Eierproduktion wird mehr großes Interesse entgegengebracht. Landwirtschaftliche Nebengewerbe sind in vollem Betrieb. Die Tierärztliehe beruht außer Kartoffeln auch Mais. Die Zuckerszene befindet sich nicht.

Der Arbeitsminister für den Achtfundentag.

Aber gewisse Ausnahmen sind zulässig. In seiner Antwort auf das Schreiben der Eisenindustriellen wird Reichsarbeitsminister Brüning den Wünschen der Arbeitgeber nicht entsprechen, vielmehr darauf hinweisen, daß er am 1. Januar 1928 die Verhandlungen über die Arbeitszeit an dem von Anfang an in Aussicht genommenen Termin, 1. Januar 1928, unbedingt festhalten wird. Für die sogenannten notwendigen Betriebe

konnte er allerdings eine Ausnahme zulassen, indem ihnen auf Grund des Härteprinzips Gesetze erlassen werden können. Diese Erleichterungen betreffen darin, daß für solche notwendigen Betriebe die Antragsfrist der Verordnung um einige Wochen oder Monate verlängert wird. Die Entscheidung über die „Schwierigkeit“ soll von den Gewerkschaftsbeamten getroffen werden. Wo eine solche Schlichtung nicht als notwendig erachtet wird, muß am 1. Januar der Achtfundentag in Kraft treten. Ferner wird der Reichsarbeitsminister auch noch darauf hinweisen, daß auf Grund dieser Regelung die Schwierigkeiten in der Eisenindustrie behoben werden können und daß deshalb seiner Ansicht nach kein Grund für die von den gewählten Vorklagen gegeben sei.

Die in Rom abgehaltene Tagung des Arbeiterbundes der westfälischen Zentrumspartei beschäftigte sich mit der durch die Stilllegungsanträge der Grobmetallindustrie gestellten Lage. Sämtliche Referenzen wendeten sich in hohem Maße gegen das Streikverbot in der Grobmetallindustrie. Die Versammlung nahm einstimmig folgende Entschlüsse an: Der Arbeiterbeirat der westfälischen Zentrumspartei fordert von der Reichsregierung die Zurücknahme der Entschlüsse über die Arbeitszeit vom 16. Juli 1927 ab 1. Januar 1928.

Internationale Arbeitsorganisation.

Albert Thomas reitet in Düsseldorf. Der Direktor des Internationalen Arbeitsamtes in Genf, Albert Thomas, sprach im Rahmen der allgemeinen Kulturveranstaltungen der Stadt Düsseldorf über internationale Sozialpolitik und Völkerverständigung. Thomas sprach von der Schwierigkeit, die durch den Wettbewerb der sozial rückständigen Länder sich ergeben. Auch über den Achtfundentag sei es schwierig, eine Verständigung herbeizuführen. Frankreich mache die Ratifizierung davon abhängig, daß vorher Deutschland und Großbritannien die Verträge ratifizieren, und wenn er in den letzten Tagen erklärt habe, daß die Frage des Achtfundentages in Deutschland besser lösbar sei, so wolle er nicht, was er demnach in Genf über den Achtfundentag in Deutschland sagen konnte angesichts des schweren Konflikts in der deutschen Eisen- und Metallindustrie. Es sei nicht Aufgabe des Internationalen Arbeitsamtes, sich in die inneren Angelegenheiten der einzelnen Länder zu mischen, aber es sei notwendig zu betonen, daß auf dem Gebiet der internationalen Abmachungen etwas schneller gearbeitet werden müsse. Als Direktor des Internationalen Arbeitsamtes habe er die Pflicht, den Geist der Völkerverständigung, dessen Hauptgrundlage die soziale Gerechtigkeit sei, zu fördern.

Zum Schluß betonte Thomas, daß er mit voller Hoffnung und vollen Vertrauen für den von allen Völkern gewünschten Frieden und für die Annäherung zwischen Frankreich und Deutschland arbeiten wolle. Stresemann habe in den letzten Tagen bei einer Zusammenkunft erklärt, daß die soziale Politik die beste Außenpolitik sei. In diesem Sinne wolle auch er für die soziale Gerechtigkeit in allen Ländern arbeiten.

Friedrich von Nolte f.



Friedrich von Nolte f.

Auf seinem Landgut Klein-Breda in Schlesien starb im Alter von 75 Jahren der frühere preussische Minister des Innern Friedrich von Nolte, ein Bruder des verstorbenen Generalfeldmarschalls und Neffe des Generalfeldmarschalls von Nolte.

Wirren in Kanton.

Kämpfe innerhalb der Stadt. General Zhangjiafui, der Kantoner Militär, hatte die Aufgabe, die unter dem Verband stehenden Anhänger des ehemaligen Diktators Kantons, General Li Shichuan, zu sein. Darauf entspann sich ein Kampf im östlichen Vorort Kantons und der Verband der Seeleute befand sich im Zustand. Dies führte zu der Unterbrechung des Betriebes des Eisenbahnbetriebs sowie der telegraphischen Verbindungen. Eine Ausbuchtung meldet, daß die Verbindungen

Schwerer Automobilunfall.

Wilhelmshagen. Bei Hilsbed fuhr ein Automobil mit großer Geschwindigkeit gegen einen Baum. Die Insassen, ein Gehilft Führer aus Dorstorf und ein Lehrer aus Neu-Weißhof, konnten nur in stark verformtem Zustand als Leichen aus dem Trümmerhaufen hervorgeholt werden.

Absturz eines französischen Flugzeuges am Taunus.
Bad Schwalbach. Bei Hahn in der Nähe des Hotels Saffrich stürzte ein französisches Flugzeug ab. Der Führer war auf der Stelle tot. Der Beobachter konnte mit Hilfe des Fallschirms abpringen und blieb unverletzt. Einige Augenblicke vor dem Unfall wurde das Flugzeug bereits beobachtet; es flog und landete aufeinander nach einem acienten Landungsversuch. Es muß irgendeinen Schaden gehabt haben. Beim Niedergehen blieb das Flugzeug zwischen den Drähten der Lichtdruckspannungslinien hängen und stieg nun. Sofort nach dem Absturz ging das Flugzeug in Flammen auf und verbrannte vollkommen. Nach dem Absturz des unterirdischen Arztes war der Flugzeugführer kurz vor dem Aufstiegen herausgeschleudert worden. Außer einer stark blutenden Wunde an der linken Schläfe hatte der Tote vier schwere Brandwunden an den Händen und auf dem Rücken.

Rindbrand.

Süßesmar. In einem kleinen Kino entstand während der Vorstellung ein Brand. Aus dem Spektakelapparat schlug eine gewaltige Stichflamme, durch die einige mit der Bedienung des Apparates beschäftigte junge Leute schwere Brandwunden erlitten. Die Zuschauer verließen panikartig den Saal, doch kam es dabei zu keinerlei Zwischenfällen. Der Brand konnte bald gelöscht werden.

Diener und Breitenfräter vor dem Kampfe.



Sp. Der 1. a. Sieg des deutschen Schwergewichtsmeisters Franz Diener über Hans Breitenfräter in der fünften Runde war die Genation der Berufsboxkämpfe, die in der ausverkauften Kuchleinhalle in Leipzig vor 10.000 Zuschauern statt-

fanden. Der Einleitungskampf zwischen Harry Ziein und dem Berliner B. Rühn endete unentschieden, der Kampf Zahm-Schwarz wurde in der zehnten Runde wegen zu großer Überlegenheit Zahms abgebrochen.

Weihnachten in Bethel!

In Bethel und Dunsfelde der Erde hirtet kein das Licht des Kindes von Bethlehem. Auf dieses Licht, das Weihnachten aus neue bringen soll, warten viele in unteren Säuern des Landes und der Liebe, fast 3000 Fallfähige, Gemüthe wie und Himmels alle Art und aus allen Teilen Deutschlands beherbergen vor bei uns. Ihnen allen möchten wir gern eine kleine Freude bereiten.
Wer hilft uns dabei mit? Jede kleine Gabe ist uns willkommen, besonders Lebensmittel, Kleidungsstücke, vor allem solche für Wäner, jedoch Spielzeug, Bücher und Silber. Auch Gebetshefte, durch die wir Geben der Liebe fauen können, nehmen wir dankbar an. Je eher die Gaben in unsere Hände gelangen, desto willkommener sind sie uns! Allen Freunden von Bethel wünscht einen hellen Strahl des ewigen Weihnachtslichtes

J. v. Bodelschwingh, P.

Bethel bei Bielefeld, im Advent 1927
Bo. (Schreibzettel) Sommer 1904.

Extra-Beilage. Der heutigen Nummer liegt für die durch Boten beförderten Exemplare eine Beilage der Firma Walter Schwiecker, Nebra über deutsche Nähmaschinen bei.

Für die vielen Glückwünsche und erwiesenen sonstigen Aufmerksamkeiten anlässlich der Geburt unseres Klaus-Dieter danken wir herzlichst.

Inhaltsinspektor Fehner und Frau
Nebra, im Dezember 1927.

**Das beste Weihnachtsgeldstück
ist eine Gritzner-
Nähmaschine**

Erstklassiges deutsches Fabrikat in höchster Vollendung / Unübertroffen in Leistung und Material.

Von 125.- Mark an

Erleichterte Zahlungsbedingungen

Walter Schwiecker, Nebra
Bahnhofstrasse 19

Das beste Mehl

zu reellen Preisen
kauft man stets

in der Stadtmühle Nebra

Zur bevorstehenden Festbäckerei und zum Weihnachtstfest empfehle:

Gämtliche Backwaren

in verschiedenen Preislagen.

Rum, Arrak, Punsch, Weinbrand,
Alten Korn, Brautwein, Piköre
in Originalflaschen und lose

Frucht- und Gemüsekonserven

Kirschen, Pfäunen, Erdbeeren,
Reineckelnden, Mirabellen,

Spargel, Leipzig, Allertei, junge Erbsen u. Schnittbohnen

Getrodnete Früchte

Aprikosen, Nischobst und Pfäunen

in guten Qualitäten zu solchen Preisen.

Wwe. Meitz.

Als praktische Weihnachtsgeschenke empfehle:

Damen-Handtaschen

Portemonnaies, Brieftaschen

Notenmappen, Einkaufsbeutel, Rucksäcke, Berufstaschen

Reiseträger, Frühstücksstaschen // Für Schulanfänger

selbstgeleitigte Schul-Tornier

Sofas, Chaiselongues, Matrasen

werden sauber und billigst angefertigt

Hermann Bauer, Sattler, Nebra

Zum feste empfehle:

Weizenmehl

in altbekanntester guter Qualität.

ff. Stollenmehl Pfd. 20 Pfg.

ff. Auszugmehl Pfd. 25 Pfg.

ff. Weizengriech Pfd. 30 Pfg.

Prima Gerstenschrot 1/2, Seutner 3,40 Mk.

in größeren Mengen billiger.

W. Janse.

„Zur Burg“, Nebra



Morgen Donnerstag,
den 15. Dezember

Schlachtefest.

Oswald Möder.

Miele-Fahrräder



sind
Festgeschenke
von bleibendem Wert.
Sie stellen eine Spitzenleistung in
Konstruktion u. Material
dar.

Dabei sind Miele-Fahrräder nie alle anderen Miele-Erzeugnisse, an der Qualität gemessen, als außergewöhnlich preiswert zu bezeichnen.

Mielewerke A.G.
Gütersloh/Westfalen
Fahrradfabrik in Bielefeld
Zu beziehen durch die Fahrrad-Handlungen

Über 2000 Beamte und Arbeiter

Nur 70 Pfg. für

1 Riesentafel 1200 gr feinste Vollmilch-Schokolade
Herrmann.

**Als Weihnachtsgeschenke
empfehle ich:**

- | | |
|--------------------|--------------|
| Wanderer-Fahrräder | Fahrradteile |
| Sattel & Kammann | Schläuche |
| Gritzner | Mäntel |
| Presto | Öle |
| Torpedo | Grammophone |
| „Weitrad“ | Platten |

in großer Auswahl

Erleichterte Zahlungsbedingungen

Walter Schwiecker, Nebra a. U.

Bahnhofstrasse 19

Das praktische Weihnachtsgeschenk

sind:

Schuhe und Strümpfe

Große Auswahl finden Sie bei mir.

Moderne Formen — Geschmackvolle Modelle

Besonders empfehle:

Ia. Filzwaren

Mercedes-Stiefel und Schuhe

Lypfia-Schuhe für lebende Fische

H. Melchior

Inh.: Paul Melchior

Schuhgeschäft, Nebra.



Man staunt immer wieder

über die schönen, klaren Abdrücke Ihrer Gummistempel. Wollen Sie mir nicht Ihre Bezugsquelle verraten? Aber gerne: ich kaufe nur von

Wilh. Sauer, Roßleben

Buch- u. Papierhandlung

Buchdruckerei • Zeitungsverlag

Fröhlichen Pflid

feinere:

ff. Fettbündlinge

NielerSprossen

empfiehlt Herrmann.

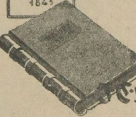
Ab heute Mittwoch:

frisch. Fisch

und grüne Heringe

E. Kropf, Bahnhofstraße.

Geschäftsbücher
bervorzugte Marke



E. Könige-Ebhardt
Hannover

Samt Fabrikate jeder anderen leistungsfähigen Geschäftsbücherfabrik, Vitromöbel, Schreibmaschinen der besten deutschen Systeme liefert

Wilhelm Sauer, Roßleben.

Nebrer Anzeiger

Ämliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich zweimal: Mittwoch und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“

Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle und den Postämtern 0,85 M.

Schriftleitung: Wih. Sauer in Nebleben.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauerische Buchdruckerei, Nebleben.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Weis, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Nebleben Nr. 21. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 43 mm breite Millimeterzeile 5 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Halbmetell 15 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.

Bankkonten: Stadtsparkasse Nebra — Bankverein Artern.

N^o 99

Mittwoch, den 14. Dezember 1927

40. Jahrgang

Abfiang.

Beisicht werden die nächsten Tage über das, was in Genf nun eigentlich getrieben worden ist, größere Klarheit bringen, wird man erfahren, was nun eigentlich hinter den Kulissen vor sich gegangen ist. Man hätte in der Hauptsache immer nur von Unterredungen zwischen den Delegierten der verschiedenen Länder, las, daß mehrjährige Verhandlungen laienkundigen hätten über Fragen allgemein politischen Inhalts, und weiß leider immer noch nicht, wozu das alles abzieht. Denn das äußerlich benennbare Ergebnis von größerer Wichtigkeit, nämlich die sogenannte Beilegung des polnisch-litauischen Streites, ist ziemlich unbestimmt. Geändert wird eigentlich nichts. Etwas verhält darauf, daß die Groberober Wilnas durch die Polen zurückgeworfen ist, und die Warschauer Regierung nicht darüber zur Tagesordnung über. Das der sogenannte Kriegszustand zwischen den beiden Ländern aufgehoben sein will, weil er sich mit ihrer Eigenschaft als Mitglieder des Völkerbundes nicht verträgt, bedeutet lediglich ein Zeugnis für die Geschäftlichkeit, mit der man in Genf daran arbeitet. Gegenwärtig wird nicht ausgeklübelt, aber zu verabschieden. Es wird empfohlen, diesen Gegenstand zwischen Polen und Litauen durch persönliche Verhandlungen aus der Welt zu schaffen; ob es aber geschieht, ist eine weitere, aber weit wichtigere Frage. Und wichtige Fragen werden in Genf fast immer vertagt. Jedenfalls hat Woldemaras die vom Völkerbundrat beschlossene Einigungsformel dahin ausgelegt, daß der Kernpunkt des Streites, also die Wilna-Frage, in keiner Weise berührt wird, sondern eben alles das — nämlich die kommenden Verhandlungen überlassen bleibt. Woldemaras nennt die Resolution „nur den Ausdruck einer Hoffnung, deren Erfüllung von dem guten Willen der beiden Parteien abhängen wird“. Auch der polnische Staatspräsident Pilsudski, der in Woldemaras als verächtlich bezeichnet hat, hat sich ein wenig zurückgeschraubt, äußerte sich aber trotzdem dahin, daß das Handschütteln in Genf noch längst nicht einen Ausgleich bedeute. Jedenfalls hat sich bei dem Bericht des Völkerbundes, die Dinge anzugleichen, zunächst einmal ein eigenartiges Wortmünz abgepielt. Die internationalisierte Kommission, die sich an die polnisch-litauische Grenze begeben hatte und von dort aus nach Nowo, der litauischen Hauptstadt, fahren wollte, mußte nach Wilna zurückkehren, weil der Kommandant der litauischen Grenztruppe sich weigerte, die Beauftragten des Völkerbundes ohne ausdrückliche Anweisung seiner Behörde in Nowo über die Grenze zu lassen, da auch polnische Offiziere die Kommission begleiteten. Zum Verstummen an einer anderen Stelle nach Litauen hinsteuern.

Über das alles ist zwar nicht nebenbei, aber doch nicht das Entscheidende. Viel interessanter als dieser polnisch-litauische Streit ist die Tatsache, daß der französische Außenminister eine mehrmalige Unterredung mit Dr. Stresemann gehabt hat. Das war bestimmt kein „Abgleichsbesuch“. Was man im Völkerbundrat mit so großen Worten verurteilte, die Geheimdiplomatie nämlich, lebt härter denn je. Genf ist diesmal noch augenfälliger die Stätte gewesen, wo sich die Leiter der Außenpolitik Englands, Deutschlands, Frankreichs und Italiens trafen. Wollsten wir allerdings nicht annehmen, aber es ist eine offene Geheimnis, daß Briand mit dem Vertreter Mussolinis über die französisch-italienische Spannung eingehend konferiert hat, und man wird wohl demnach von einer Zusammenkunft zwischen Briand und Mussolini hören. Aber man wird diese Entwidlung doch vielleicht begrüßen können. Persönliche Ausprachen, wie sie auch jetzt wieder in Genf stattgefunden haben, bedeuten doch einen großen Vorzug vor fertigen amtlichen Noten, sind geistiger, Gegenstände leichter aus der Welt zu schaffen, die höchsten noch wachsen, wenn sie auf schriftlichem Wege behandelt werden. Und in dieser Entwidlung bedeutet die letzte Tagung in Genf einen Schritt nach vorwärts.

Tagung des Völkerbundesrates beendet

Die Frage der Danziger Weierplatte.
Mit der Montagssitzung wurde die diesmahlige Tagung des Völkerbundesrates abgeschlossen. Die deutsche Delegation hat gegen Abend Genf verlassen. Marschall Pilsudski reist von Genf über Wien nach Warschau zurück. Die Weier wird in Wien kurz unterzogen. Der Aufenthalt in Wien hat keinerlei amtlichen Charakter.
Die wichtigsten Punkte der Tagesordnung der Schlußsitzung des Völkerbundesrates betrafen den Fall des Kreuzers „Salamis“ und die Frage der Souveränität Danzigs über die Weierplatte. Zum ersten Punkt lag ein Gutachten von Juristen sämtlicher Nationen vor. Auf Verlangen des Berichterstatters befragte der Rat, den Generalsekretär mit der Abfassung eines Briefes an den Präsidenten des Gemischten griechisch-deutschen Schiedsgerichts zur Regelung der Sache zu beauftragen. Der griechische Delegierte, Politis, stimmte namens seiner Regierung dem Gutachten und dem Ratbeschluss selbst bei. Reichsminister Dr. Stresemann verzichtete auf eine besondere Erklärung.

Danzigs Souveränität.

In Bezug auf die Frage der Souveränität Danzigs über die Weierplatte wurde auf Antrag des italienischen

Berichterstatters Villegas beschloffen, die Regierungen der freien Stadt Danzig und Polens aufzufordern, in unmittelbare Verhandlungen über die praktische Regelung der mit der polnischen Angehörigen der Weierplatte zusammenhängenden Fragen einzutreten. Der Rat ersucht beiden Parteien, sich bei diesen Verhandlungen von dem gesamten Inhalt des Schriftmaterials einschließlich der Erwägungen des dazu vorgelegten Nachtrags zu acht zu halten.

Die Verhandlungen sollen unter Vorsitz des Völkerbundkommissars für Danzig und unter Zuziehung technischer Sachverständiger in Danzig stattfinden. Wenn diese Verhandlungen nicht vor der nächsten Ratstagung zu einem Ergebnis führen sollten, so wird der Berichterstatter dem Rat Vorwürfe für die einseitige Regelung der Angelegenheit unterbreiten.

Senatspräsident Sahn und der polnische Delegierte Strasburger stimmten dem Bericht zu. Der Danziger Vertreter sprach dabei unter Hinweis auf seine bei den vorausgegangenen Verhandlungen bereits gegebene Zustimmung zu dem Inhalt des Berichtes die Hoffnung aus, daß die direkten Verhandlungen zwischen Danzig und Polen recht bald zu einer Vereinbarung führen, die für die Sicherheit von Leben und Eigentum der Bewohner von Danzig die unter den gegebenen Umständen zu erreichende Gewähr bietet.

Zum Schluß nahm der Rat noch Kenntnis von einer in den letzten Tagen zwischen der griechischen und der bulgarischen Regierung erfolgten Verständigung über das griechisch-bulgarische Flüchtlingswesen, worauf die 48. Tagung des Völkerbundesrates vom Präsidenten Cheng Lu für geschlossen erklärt wurde.

Das Zentrum eine Verfassungspartei.

Weder monarchisch noch republikanisch.
Auf einer Pressekonferenz des Zentrums in Gemeinschaft mit der Bayerischen Volkspartei, die im Landtagsgebäude zu Berlin stattfand, gab Reichsanwalt Dr. Marg eine Übersicht über die politische Lage.

Der Kanzler führte u. a. aus, daß vor Juli oder August nächsten Jahres normaler und zweckmäßigerweise ein Ende der Arbeiten des Reichstages nicht gegeben sein dürfte. Ob es aber dahin kommt, siehe in erster Linie beim Reichstag selbst. Was die Stellung des Zentrums anbelangt, so betonte der Kanzler, daß das Zentrum noch jeher eine Verfassungspartei gewesen sei. Es sei weder eine monarchische noch wolle es eine republikanische Partei sein; nur weil das Zentrum eine Verfassungspartei sei, habe es auch die Verfassung von Weimar anerkennen und anwenden können, weil sie ordnungsgemäß zustande gekommen und moralisch und finanziell unbedingt verbindlich sei. Deshalb müsse die Verfassung vom Zentrum anerkannt und befolgt werden. Das Zentrum sei aber auch eine Partei des wirtschaftlichen, finanziellen und bürgerlichen Ausgleichs. Der Reichsanwalt kam dann auch auf die Schwierigkeiten wegen der Besoldungsschuldfrage zu sprechen und betonte, daß das Zentrum ohne ein unabhängiges Beamtenkonto nicht auszukommen könne.

Unter den Zuhörern befanden sich unter anderem auch Reichsfinanzminister Dr. Köhler und der preussische Landwirtschaftsminister Siegel. Abgeordneter Desfauer sprach über die Wirtschaftspolitik des Zentrums unter Berücksichtigung der grundsätzlichen Scheidung gegenüber Liberalismus und Sozialismus. Am Schluß des Referats schloß sich eine ausgiebige Aussprache an.

Die Lage der preussischen Landwirtschaft.

Verfälschung in der Steuerabgabe und die fällige Landwirtschaft zum

Die Anbahnung der Steuerabgabetermine und die fällige Landwirtschaft zum
Büffnisse waren, ein eingehendes Frost
Zudrücken und
den. Die Winter-
haben aber vielfach
Die Haltbarkeit der
land der Grünland-
leistungen für das
einhaltbare Preise ge-
interesse der kleinen
zu. Der Gedanke
ist ebenfalls erfreu-
lich bei den heutigen
sind die Preise für
frage fest und an-
bedingt wird weiter
in vollem Betrieb.
ist auch Malz. Die

ffundentag.

nd zulässig.
der Eisenindustriellen
hüßchen der Arbeit-
weisen, daß er am
Anfang an in Aus-
bedingungslos
neidenden Betriebe

tomie er allerdings eine Ausnahme zulassen, indem ihnen auf Grund des Säulenangehörigen Erleichterungen gewährt werden können. Diese Erleichterungen betreffen darin, daß für solche notwendigen Betriebe die Inanspruchnahme der Verordnung um einige Wochen oder Monate verschoben wird. Die Entscheidung über die „Schonfrist“ soll von den Generalkonferenzbeamten getroffen werden. Als eine solche Schonfrist nicht als notwendig erachtet wird, muß am 1. Januar der Achtungstag in Wirksamkeit treten. Ferner wird der Reichsarbeitsminister auch nach dem Ausschluß der in Betracht kommenden Betriebe die Schwierigkeiten in der Gesamtheit zu beheben werden können und daß deshalb einer Ansicht nach kein Grund für die von der geplanten Stilllegungen gegeben sei.

Die in Hamm abgehaltene Tagung des Arbeiterbeirates der westfälischen Zentrumspartei beschäftigte sich mit der durch die Stilllegungsanträge der Großeisenindustrie geschaffenen Lage. Sämtliche Referenten wendeten sich in scharfen Ausführungen gegen das Vorhaben der Verstaatlichung der Eisenindustrie. Die Beschlüsse nahen einstimmig folgende Entscheidung an: „Der Arbeiterbeirat der westfälischen Zentrumspartei fordert von der Reichsregierung die Zurückführung der Verordnung über die Arbeitszeit vom 16. Juli 1927 ab 1. Januar 1928.“

Internationale Arbeitsorganisation.

Albert Thomas redet in Düsseldorf.
Der Direktor des Internationalen Arbeitsamtes in Genf, Albert Thomas, sprach im Rahmen der allgem. Kulturveranstaltungen der Stadt Düsseldorf über internationale Sozialpolitik und Völkerverbündung.

Thomas sprach von der Schwierigkeiten, die durch den Wettbewerb der sozial rückständigen Länder sich ergeben. Auch über den Achtungstag in Deutschland besprach er, so wolle er nicht, was er demnach in England über den Achtungstag in Deutschland sagen könne angesichts des schweren Konflikts in der deutschen Eisen- und Metallindustrie. Es sei nicht Aufgabe des Internationalen Arbeitsamtes, sich in die inneren Angelegenheiten der einzelnen Länder zu mischen, aber es sei notwendig zu betonen, daß auf dem Gebiet der internationalen Abmachungen etwas schneller gearbeitet werden müsse. Als Direktor des Internationalen Arbeitsamtes habe er die Pflicht, den Geist der Völkerverbündung, dessen Hauptgrundlage die soziale Gerechtigkeit sei, zu fördern.

Zum Schluß betonte Thomas, daß er mit voller Hoffnung und vollem Vertrauen für den von allen Völkern gewünschten Frieden und für die Annäherung zwischen Frankreich und Deutschland arbeiten wolle. Stresemann habe in den letzten Tagen bei einer Zusammenkunft erklärt, daß die beste Sozialpolitik die beste Außenpolitik sei. In diesem Sinne wolle auch er für die soziale Gerechtigkeit in allen Ländern arbeiten.

Friedrich von Nolte f.



Friedrich von Nolte f.

Auf seinem Sandbühnen Klein-Dresdener in Schlesien starb im Alter von 75 Jahren der feierliche preussische Minister des Innern Friedrich von Nolte, ein Bruder des verstorbenen Generalfeldmarschalls und Neffe des Generalfeldmarschalls von Nolte.

Birren in Kanton.

Kämpfe innerhalb der Stadt.
General Schöngast, der Kantonier Direktor, hatte die Anbahnung und die Entlassung der verurteilten Personen angeordnet, die unter dem Verdacht stehen, Anhänger des ehemaligen Diktators Kantons, General Bischoff, zu sein. Darauf entspann sich ein Kampf im öffentlichen Vorort Kantons und der Verband der Seeleute befaßte den Anstand. Dies führte zu der Unterbrechung des See- und Eisenbahnbetriebes sowie der telegraphischen Verbindungen. Eine Kundgebung meldet, daß die Ver-